

Pressemitteilung des Grundschulverbandes e. V.

Bildung zur Regierungssache machen!

Bildung spielte in vielen Programmen zur Bundestagswahl leider nur eine nachrangige Rolle. Jetzt, im Rahmen der Koalitionsverhandlungen müssen die Regierungsparteien endlich Bildung oben auf ihre Agenda setzen und beweisen, dass es ihnen ernst ist mit Aussagen wie „Bildung eröffnet Lebenschancen, sie ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Landes“ (CDU). Oder „Ein gutes Ganztageangebot ist entscheidend für gleiche Chancen – und das muss für alle Kinder zur Verfügung stehen“ (SPD). Die Grünen sehen Bildung nicht nur als Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch als Sicherung des Wohlstandes und fordern ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ und Zusammenarbeit der Länder.

Trotz des Kooperationsverbots liegt es unbenommen in der Verantwortung der Bundespolitik, nicht nur nach besserer Bildung und mehr Chancengerechtigkeit zu rufen, sondern für die Zukunft der Kinder und einer demokratischen Gesellschaft diese auch zu schaffen, wie es kürzlich nach mehrjährigen Beratungen auch der bundesweite „Bürgerrat Bildung und Lernen“ mit Nachdruck gefordert hat (s. die konkreten Empfehlungen unter www.buergerrat-bildung-lernen.de).

Der Grundschulverband appelliert an die Verantwortung der zukünftig Regierenden, erfolgreiche Bildungsbedingungen für die Bildungswege aller Kinder, vor allem für die Jüngsten, im Land zu sorgen! Bildungserfolg bedeutet Lebenschancen! Wir dürfen nicht weiter so viele Kinder und Jugendliche vernachlässigen.

Der Grundschulverband fordert daher:

1. Gerechte Bildungsbedingungen zur Regierungssache machen!
2. Nachteile des Kooperationsverbots durch Kooperationsgebote ausgleichen!
3. Bessere Unterstützung von Kindern aus benachteiligten Lebensverhältnissen zur Schaffung gerechter Lebenschancen!
4. Den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung qualitätsvoll umsetzen, die Kommunen und Länder dabei unterstützen!

Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen

Das **Recht auf Bildung** ist eines der wichtigsten Kinderrechte. **Bildungsgerechtigkeit** muss als selbstverständliche Aufgabe eines demokratischen Bildungssystems bei Regelungen und Ausstattung von Bildungseinrichtungen leitend sein. Eine bessere und gerechtere Bildung für alle Kinder braucht - besonders in Deutschland - eine längerfristige länder- und parteienübergreifende Abstimmung und Akzeptanz. Bildung darf nicht zum

Spielball werden, wenn die Regierungspartei wechselt, sie braucht Kontinuität und ist über die nächste Wahlperiode hinaus zu denken, andere Länder machen uns das vor. Besondere Aufmerksamkeit fordert die konsequente Schaffung von Bildungsbrücken zwischen frühkindlicher Bildung, Grundschule und weiterführender Schule. Das Stufendenken missachtet, dass Bildungswege viel stärker entlang der Bildungsbiografie der Kinder und, ungeachtet unterschiedlicher Zuständigkeiten, als einheitlicher Prozess zu gestalten sind.

Stärkung von Kindern aus benachteiligten Lebensverhältnissen

Das **sozial indizierte Startchancen-Programm** für ca. 4.000 Schulen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und verfolgt einen Erfolg versprechenden Ansatz mit dem konkret formulierten Ziel, die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik nicht erreichen, zu halbieren. Allerdings reicht das nicht. Noch gehört ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler zurzeit zu den Bildungsverlierer:innen. Kitas und Schulen brauchen bundesweit mehr Ressourcen, um konsequent und frühzeitig systemische Förderung zu etablieren. Das Geld muss in die Bildungseinrichtungen fließen, dort werden Kinder mit schlechteren Startchancen erreicht. Dazu gehört qualitätsvolle ganztägige Bildung, die über professionelle pädagogische und soziale Beziehungen Bildungswege stärkt und Lebenschancen erhöht. **Gute Bildung** ist eine tragende Zukunftsinvestition in unsere Gesellschaft!

Recht der Kinder auf eine qualitätsvolle ganztägige Bildung

Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung ab 2026 hat Politik einen bedeutenden Schritt zur Entwicklung gerechterer Bildungsbedingungen gemacht. Das Bildungssystem steht in den nächsten Jahren jedoch vor großen **Herausforderungen bei der Umsetzung**. Das ist nicht nur von der quantitativen Seite zu sehen, z. B. bei der Schaffung von Plätzen bei weiter steigenden Schülerzahlen und Lehrkräftemangel. Vor allem ist es ein qualitativer Anspruch bei der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, angesichts des Bedarfs an neuen modernen Schulbauten und der Steigerung der Qualität des Lernens. Grundschulkindern ist das **Recht auf ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot** zuerkannt worden. Bei der Umsetzung steht die Bundesregierung mit in der Verantwortung. Es braucht systemisch längeres gemeinsames Lernen und beste Ausstattung für flexibel nutzbare, ganztagschulspezifisch gestaltete Räume. Eine sorgfältige Planung für diese längerfristig angelegten Investitionen in Bildung braucht das Engagement aller gesellschaftlichen Ebenen bundeslandübergreifend.

Der Grundschulverband positionierte sich bereits 2019 mit Aussagen zu den **Anforderungen an eine zukunftsfähige Grundschule** und benannte damit die Eckpunkte für die Einlösung der Bildungsansprüche von Kindern. Dazu braucht es eine Schule für alle Kinder und längeres gemeinsames Lernen. „Die frühe Auslese nach Klasse 4“, sagt die Bundesvorsitzende Marion Gutzmann, „wird den Entwicklungsbedingungen der Kinder nicht gerecht, unterbricht Lernbiografien, manifestiert und verschärft Bildungsungerechtigkeit, wirkt nachteilig auf die pädagogische Arbeit und die Lernkultur der gesamten Grundschulzeit und festigt die gesellschaftliche Spaltung“.

Der Grundschulverband fordert daher von Politik und Administration, Bildung über die nächste Legislaturperiode hinaus zu denken, Wissenschaft und Schulpraxis in die Beratung langfristiger Ziele einzubeziehen und damit einen breiten Konsens als Grundlage für ein zukunftsfähiges Bildungssystem herzustellen. Deutschland braucht ein zukunftsfähiges Bildungssystem, denn Kinder sind unsere Zukunft!

Ansprechpartnerinnen:

Vorstand des Grundschulverbandes

Marion Gutzmann (BB), Prof. Dr. Eva Franz (RP), Andrea Karlsberg (HH), Svenja Telle (NI), Konstanze von Unold (BY), Maxi Brautmeier-Ulrich (NRW)

Mail: marion.gutzmann@vs-grundschulverband.de

Maresi Lassek, langjährige Vorsitzende des Grundschulverbandes

Mail : maresi.lassek@web.de

Internet: www.grundschulverband.de

Für weitere Informationen und Interviews wenden Sie sich bitte an den Grundschulverband.

Folgen Sie uns auf Instagram, Facebook und Youtube über diesen QR-Code

Instagram: www.instagram.com/grundschulverband/

Facebook: www.facebook.com/Grundschulverband

Youtube: Grundschulverband e.V.



Der Grundschulverband setzt sich für die Weiterentwicklung der Grundschule ein. Er will bundesweit und in den einzelnen Bundesländern

bildungspolitisch die Stellung der Grundschule als grundlegende Bildungseinrichtung verbessern und die notwendigen Investitionen für ihren Ausbau zur zeitgemäßen und kindgerechten Schule von den politisch Verantwortlichen einfordern,

pädagogisch die Reform der Schulpraxis und der Lehrerbildung entsprechend den Erkenntnissen aus Wissenschaft und Praxis unterstützen und

wissenschaftlich neue Erkenntnisse über die Bildungsmöglichkeiten und Bildungsansprüche von Kindern fördern und verbreiten. Der Grundschulverband wurde als Arbeitskreis Grundschule 1969 in Frankfurt/Main gegründet und ist eine gemeinnützige und überparteiliche bundesweite Basisinitiative. Seine Mitglieder sind Grundschulen, Lehrerinnen und Lehrer, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie weitere an der Grundschule interessierte Personen und Institutionen.

25. Februar 2025